

## ANSPRECHPARTNER

**Alena Trauschel**

Europapolitische Sprecherin

alena.trauschel@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9270**Julia Goll**

Sprecherin für internationale Politik

julia.goll@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9220**Georg Heitlinger**

Sprecher für Entwicklungspolitik

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9230**Jan-David Linke**

Parlamentarischer Berater

jan-david.linke@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9029

# EUROPA & INTERNATIONALES

Die Europapolitik des Landes ist nach der Landtagswahl wieder aus dem CDU-geführten Justiz- in das grüne Staatsministerium zurückgewandert. Wer aber denkt, Europa sei nun Chefsache, muss umdenken. Statt eines Ministers verantwortet nun ein Staatssekretär die Europapolitik des Landes, und der Einsatz des Ministerpräsidenten ist trotz dessen Vorsitz des EU-Ausschuss des Bundesrats reichlich überschaubar.

## Frankreich – Mehr konkrete Verbesserungen, statt dicker Papiere

Dabei wird hier auch das Verhältnis zu unseren direkten Nachbarn, also Frankreich und der Schweiz bearbeitet. Die Frankreich-Konzeption ist seit März nicht in die Fläche getragen worden, dabei gibt es viele grenzüberschreitende Themen zu besprechen. Die Pandemie hat die Abläufe auf beiden Seiten erschwert und etwa das Thema grenzüberschreitende Handwerker- und andere Dienstleistungen wird dadurch nicht einfacher. Dabei ist es schon immer schwierig gewesen, die unterschiedlichen Verwaltungskulturen so aufeinander abzustimmen, dass die Grenze durchlässiger wird und nicht insgeheimer Protektionismus für die jeweils hiesigen Firmen stattfindet. Im Koalitionsvertrag im Bund findet sich hier ein Passus für verstärkte Verhandlungen mit Frankreich, um diese Regularien abzubauen.

## Schweiz – richtige Reaktion auf Ablehnung des Rahmenabkommens zeigen

Doch während mit Frankreich wenigstens ein institutionelles Gerüst besteht, ist ein entsprechendes institutionelles Rahmenabkommen zum Binnenmarkt der Europäischen Union mit der Schweiz an Uneinigigkeiten, insbesondere beim Thema Personenfreizügigkeit gescheitert. Voraus ging ein entsprechendes Referendum zur Begrenzung der Zuwanderung, was zwar nicht angenommen wurde, aber klare Signale aussandte. Leider hat unsere Landesregierung hier nicht die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

War das ganze Thema zuerst überhaupt nicht auf der Tagesordnung, konnte man später zumindest feststellen, dass liberaler Druck aus dem Parlament die Schweiz stärker in den Fokus der Staatskanzlei rücken ließ. Dabei darf es aber nicht bleiben, denn ein reiner Kontakt auf Regierungsebene überzeugt den Schweizer Bürger nicht. Man muss auch in der Bevölkerung Kontakte knüpfen und Vorurteile abbauen. Das kann man als Nachbar nicht nur der Regierung in Berlin überlassen. Hier erwarten wir von der Landesregierung ein Konzept. Es wäre für das Land besser, wenn ein Teil des Budgets für „The Länd“ in eine Kampagne in der Schweiz geflossen wäre.

IM FOKUS

## CHANCE NUTZEN: EINE KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Arbeitskreis:  
**Europa & Internationales**

Ansprechpartner:  
**Alena Trauschel**  
**Julia Goll**  
**Georg Heitlinger**

*Die Konferenz zur Zukunft Europas ist ein politisches Gremium, dessen Einberufung von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Ende 2019 angekündigt wurde und am 5. Mai 2021 (dem Europatag) offiziell gestartet ist. Sie soll bis 2022 neue Antworten für die Zukunft der Europäischen Demokratie formulieren und die nächsten Schritte der europäischen Integration vorzeichnen. Sie war eine Forderung unserer liberalen Renew-Europe-Fraktion im Europäischen Parlament.*

Nach einigen Geburtswehen um Auftrag und Struktur der Konferenz wurde nun eine Art digitaler Bürgerdialog gegründet, bei diesem unter [futureu.europa.eu](http://futureu.europa.eu) Vorschläge und Ideen eingebracht werden können. Themen der Zukunftskonferenz sind unter anderem der Aufbau eines gesunden Kontinents, Bekämpfung des Klimawandels, der digitale Wandel Europas, europäische Rechte und Werte einschließlich Rechtsstaatlichkeit, die Rolle der EU in der Welt oder die demokratischen Grundlagen der Union. Dazu kommen die Fragen der Arbeitsfähigkeit der EU und ihrer Instrumente, wie z.B. die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

Es ist lobenswert, dass die Veranstaltungen der Landesregierung hierzu nicht in den Großstädten sondern im ländlicheren Raum stattfanden. Dadurch bringen wir Europa in die

Fläche und sorgen für eine tiefe Verankerung der europäischen Identität bei den Bürgerinnen und Bürgern. Der Landtag hat am 23. November 2021 eine Anhörung zur Zukunftskonferenz durchgeführt und vereinbart, eine gemeinsame Stellungnahme als Beitrag zu verfassen. Auch im Koalitionsvertrag wurde unser liberaler Anspruch aufgenommen, die Zukunftskonferenz in einen neuen Vertragsprozess münden zu lassen. Lassen wir die Chance der Einflussnahme nicht verstreichen!

**Hier geht's zurück zur Übersicht!**